



Neue Finanzordnung? - Neues Geld!

Von Heiko Kastner

Zukunftsentwürfe – Einleitung der Redaktion

Änderungen der wirtschaftlichen Ordnung sind auf den ersten Blick nur politisch durchsetzbar. Das ist der Grund, weshalb Konzepte kleiner Gruppen und Organisationen zielgerichtet an politische Entscheidungsträger herangetragen werden. Das ist nicht nur ein legitimer Weg, sondern verfassungsmäßiges Recht in einer demokratischen Gesellschaft. Häufig sind diese Konzepte klug ausgearbeitet und detailliert beschrieben und finden dennoch keinen Nachhall in den maßgeblichen politischen Gremien.

Politiker setzen nur um, was ihrer Meinung nach einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung finden kann, denn immer sind irgendwo Wahlen und immer läuft man Gefahr abgewählt zu werden, wenn es nicht gelingt, den Wählern ein überzeugendes politisches Programm vorzustellen. Mit einer „angeborenen“ Abwehrhaltung reagieren die Volksvertreter auf alles, was völlig neu ist oder was den bisherigen Auffassungen der etablierten Politik zuwider läuft. Im Hinblick auf die Wirtschaft befindet sich die Politik derzeit in einer vertrackten Situation. Der Unmut des Volkes über die Unzulänglichkeiten einer hemmungslosen Liberalisierung der Finanzmärkte ist mittlerweile so groß, dass ein „Weiter so“ nicht mehr vermittelbar wird. Ebenso werden die Rettungspakete und kleinen Veränderungen für nicht geeignet gehalten, unsere Probleme langfristig und vor allem nachhaltig zu lösen. Die Verfechter der bisherigen Politik eines freien Kapitalmarktes sehen sich mehr und mehr in Rückzugsgefechte gezwungen. Dennoch sind die

Entscheider weit davon entfernt, neue Konzepte, die diesen Namen verdient hätten auch nur zur Diskussion zuzulassen. Die politischen Beraterstäbe setzen sich aus Menschen zusammen, die seit Jahrzehnten mit ihren Ratschlägen die Politik dahin gebracht haben, wo sie heute steht. Wohlgemerkt: Es ist nicht alles schlecht, was auf diesem Weg erdacht und erreicht wurde, aber eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht jetzt neue Konzepte und muss dazu Tabus brechen. „Was bis gestern gut war, kann für morgen schlecht sein“. Dieser Gedanke muss zugelassen werden, wenn man über neue Ideen spricht. Die Finanzmarktkrise und die sich im Schlepptau andeutende verheerende Wirtschaftskrise lassen keine rückwärts gerichtete Politik mehr zu. Neue Ideen müssen her und sie müssen ergebnisoffen diskutiert werden. Beraterstäbe brauchen frischen Wind. Von Bürger- und Nichtregierungsorganisationen entsandte Berater müssen an Einfluss gewinnen. Es steht das Schicksal der Gesellschaft auf dem Spiel und es kann bei einer fehlerhaften politischen Arbeit zu Krieg und Barbarei führen. *Heiko Kastner*, Kaufmann und Diplom-Politologe aus Meppen, hat sich über die Internetseite der Bundesregierung „Direkt zur Kanzlerin“ mit dem unten stehenden Brief beteiligt und hatte das Glück des Tüchtigen. Über 600 Menschen haben innerhalb kürzester Zeit seinen Brief positiv bewertet und so dafür gesorgt, dass er einer von Dreien wird, der an die Kanzlerin weiter geleitet wird. Eine Antwort darauf wird wohl kommen und wir werden darüber berichten:

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

in der Diskussion um die aktuelle Finanzkrise bleibt ein zentraler Aspekt notorisch ausgeblendet, den einige Ökonomen schon seit geraumer Zeit als tiefere Ursache regelmäßig auftretender Crasheszenarien erkannt haben: Die Fehlkonstruktion des Zinses in seiner gleichzeitigen Funktion als Allokations- sowie als Umlaufsicherungsmittel sowie die Monopolstruktur des Geldes.

Geld wird in der Standardökonomie seit über 200 Jahren als „neutrale Größe“ hinsichtlich seiner Wirkungen auf die Realwirtschaft betrachtet. Diese weithin unhinterfragte Grundannahme verhindert den Blick auf die systemische Ursache der globalen Finanzkrise: Im derzeitigen Geldsystem wachsen die Vermögen systematisch schneller als das reale BIP (in Deutschland z.B. ist das BIP von 1950 bis 2000 um das 7-fache gewachsen, die Geldvermögen sind im gleichen Zeitraum um das 32-fache gewachsen). Der Grund liegt darin, dass die Zinsraten, mit denen die Geldvermögen wachsen, seit langem über den sinkenden realwirtschaftlichen Wachstumsraten liegen und wegen der im Zins enthaltenen „Liquiditätsprämie“ nicht marktgerecht fallen können, ohne dass Geld in kurzfristiger Form gehortet wird (die sog. „Liquiditätsfalle“). Das exponentielle Überwachstum der Geldvermögen führt systematisch zum Entstehen spekulativer Blasen, die in regelmäßigen Abständen platzen müssen – mit entsprechenden Folgen für die Realwirtschaft.

Die Alternative: Bereits nach der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren empfahl kein Geringerer als John Maynard Keynes in Anlehnung an Silvio Gesell, anstelle des Zinses „künstliche Durchhaltekosten“ zur Umlaufsicherung des Geldes einzuführen. Durch diese „Liquiditätsabgabe“ auf Bar- und Giralgeld kann bei rückläufigem Wirtschaftswachstum das langfristige Zinsniveau gegen Null tendieren. Der Wachstumszwang für die Realwirtschaft entfällt ebenso wie das Entstehen von Vermögensblasen.

Keynes' Vorschlag auf der Weltwährungskonferenz von Bretton Woods 1944, auf Basis der „Liquiditätsabgabe“ eine internationale Handelswährung („Bancor“) einzuführen, scheiterte damals an den hegemonialpolitischen Interessen der Supermacht USA, die den US-Dollar als neue Leitwährung durchsetzten. Kürzlich äußerten sich Marvin Goodfried von der FED bzw. Willem Buiter von der London School of Economics optimistisch, die Ideen Gesells und Keynes könnten sich heute als hilfreich erweisen. Werden Sie, Frau Merkel, als Bundeskanzlerin in Anbetracht der von Vertretern dieser Geldreform seit Jahren prognostizierten „Jahrhundertkrise“ auf dem bevorstehenden Weltfinanzgipfel am 15. November die Gelegenheit nutzen, um die systemische Ursache der immer wiederkehrenden Finanzcrashes offen zu benennen und die Einführung einer „Liquiditätsabgabe“/Welthandelswährung mit „Liquiditätsabgabe“ zur nachhaltigen Stabilisierung des Finanzsystems einzufordern?

Unterschiedliche Zwecke verlangen unterschiedliche Geldsysteme. Derzeit gibt es sowohl für den regionalen wie auch für den internationalen Handel lediglich ein weltweit etabliertes, zinseszinsbasiertes und unbegrenztes Wachstum förderndes Geldsystem. Werden Sie angesichts der Krisenanfälligkeit der gegenwärtigen Monopolstruktur des Geldes für eine entsprechende Diversifizierung sorgen, indem Sie sich für eine klare gesetzliche Grundlage der in Deutschland bereits existierenden regionalen Komplementärwährungen aussprechen?

Herzlichen Dank für Ihr Engagement. Die Zukunft wird es Ihnen danken!

Mit freundlichen Grüßen
Heiko Kastner

GELD
Theorie

„In der klassischen Wirtschaftstheorie wird das Geld einfach ignoriert. Es spielt dort keine Rolle. Dabei ist doch beim Kapitalismus die Hauptfrage: Was ist Kapital? Für 99,99% der Menschen ist die Antwort instinktiv klar: Es ist das Geld. Nur 0,01% wollen das nicht glauben: die meisten Ökonomen. Die Neoklassik versteht unter Kapital die eingesetzten Maschinen. Geld ist für sie nur das Öl, das das System schmiert – aber eigentlich läuft die Maschine auch ohne dieses Öl. Die Finanzkrise zeigt jetzt, dass die Mehrheit recht hat: „money matters“.“

Prof. Hans Christoph Binswanger
in der taz v. 3.12.2008